

## **P R E S S E M I T T E I L U N G**

**Nr. 215 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Niedersächsischen Landtag  
09.07.2009**

### **Keine Gänsequälerei mit EU-Geldern**

**Grüne fordern Rückzahlung von EU-Subventionen von Gänserupfer**

Der tierschutzpolitische Sprecher der Grünen Landtagsfraktion **Christian Meyer** hat kritisiert, dass der des in der EU verbotenen Lebendrupfens von Gänsen überführte Zuchtbetrieb in Wistedt/Kreis Harburg für das Jahr 2008 auch noch 165.000 Euro EU-Agrarsubventionen kassiert hat.

"Das Lebendrupfen von Gänsen für weiche Daunenbetten ist zwar ein profitables Geschäft, aber eine riesige Tierquälerei. Die Gänse können bis zu 7mal qualvoll lebendig ausgerupft werden, bevor sie geschlachtet werden. Nach dem Tierschutzgesetz droht für dieses Vorgehen maximal eine Geldstrafe von 50.000 Euro", sagte der Agrarexperte. Meyer forderte die Rückzahlung der Agrarsubventionen, da diese an die Einhaltung von Tierschutzauflagen gebunden sind, sie aber offenbar nicht eingehalten wurden. Zudem forderte er ein striktes Tierhaltungsverbot für den Betreiber.

"Die finanziellen Strafen für diese grausame Tierquälerei sind immer noch zu niedrig, werden zu wenig geahndet, und die Kontrolldichte ist deutlich zu gering. Die Dunkelzone zu Lasten der Tiere ist viel zu hoch. Wieder einmal haben engagierte Tierschützer Hinweise auf Rechtsverstöße gegeben, während die amtlichen Kontrolleure schliefen", kritisierte der Grüne.

Die Landesregierung müsse daher endlich für unabhängige Kontrollen und ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände sorgen, um den Tierquälern in Niedersachsen besser und wirksamer auf die Schliche zu kommen, so Meyer.